

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.02.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion
Burfeind, Heidrun für Helga Grix
Götze, Horst
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede (bis 18:22 Uhr)
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe

CDU-Fraktion
Janßen, Heinz Werner
Orth, Petra

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder
Dietrich, Jürgen
Grix, Wilhelm
Haarmeyer, Norbert (ab 17:08 Uhr)
Janssen, Soghra
Voges, Dr. Friedhelm (bis 17:33 Uhr)

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin

von der Verwaltung
Tempel, Doris
Büusker, Wilhelm
Decker, Ubbo Dr.
Hensmann, Rainer
Schöneberg, Isabel

Protokollführung
Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25.11.2009

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25.11.2009 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Krankenhäuser und europäisches Beihilferecht (Monti-Paket)
Erlass eines Betrauungsaktes für die Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH
Vorlage: 15/1474

Herr Lutz erläutert die Vorlage ausführlich. Abschließend stellt er fest, diese Vorlage werde auch noch im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vorgelegt, um sie anschließend im Rat beschließen zu lassen. Da dieses Thema sehr komplex sei, biete er an, in den Fraktionen die näheren Einzelheiten zu erläutern, falls dieses gewünscht werde.

Herr Ammersken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer erklärt, auf der letzten Seite der Anlage des Betrauungsaktes stehe u. a. „Betrieb eines Kernspintomographen (in Kooperation)“. Sie frage an, was getan werde, wenn man keine Kooperation mehr wünsche und warum der Computertomograph nicht aufgeführt sei.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Lutz entgegnet, die Verwaltung habe den Leistungskatalog zwischen dem Beratungsunternehmen und dem Krankenhaus komplett abgestimmt. Darin sei auch die Frage hinsichtlich der Kooperation enthalten. Diese Vereinbarung werde in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt. Eigentlich sei es auch nicht nötig gewesen, den Kernspintomographen aufzuführen, da die radiologische Leistung bereits an anderer Stelle angesprochen worden sei.

Herr Hoofdmann führt aus, seine Fraktion begrüße diesen Beschlussvorschlag und werde ihm zustimmen. Er fragt an, ob die Beihilfen in der Höhe begrenzt seien.

Herr Lutz führt aus, die Stadt Emden habe bislang ca. 20 Mio. € in den Betrieb des Krankenhauses seit 2003 hineingesteckt. Dazu gehöre auch das Krankenhausgebäude mit der Gründung der GmbH. Diese Gesamtsumme sei die momentane Begrenzung. Begrenzt seien auch die Summen, die dann tatsächlich gezahlt würden. Hier werde der Rat zunächst vorher gefragt, denn mit Beschluss des Haushaltsplanes seien auch die Wirtschaftspläne der Betriebe mit dazuzurechnen. Falls ein Darlehen aufgenommen werde, werde der Rat jedes Mal darüber informiert, wie hoch dieses sei und was ggf. im Krankenhaus an Defiziten entstehe. Hierbei handele es sich um einen Vorratsbeschluss. Wenn die Stadt mehr zahlen wolle, dann müsste ein erneuter Ratsbeschluss gefasst werden.

Frau Orth stellt fest, das Monti-Paket sei im Moment die einzige Möglichkeit. Sie fragt an, ob es Fristen geben würde.

Herr Lutz betont, diese Möglichkeit bestehe erst seit dem Jahre 2008. Nach Klärung aller Fragen könne das Paket nun hier zeitnah beschlossen werden. Er bittet darum, es jetzt umzusetzen und durchzuführen.

Herr Graf fragt an, ob eine zeitliche Begrenzung vorliegen würde.

Herr Lutz erklärt, seiner Meinung nach sei es eine Aufgabe des Rates der Stadt Emden, sich zu überlegen, ob eine solche Betrauung weiter fortgeführt werden sollte. Momentan müsse dafür Sorge getragen werden, dass den Bürgern eine ordentliche Krankenversorgung zur Verfügung stehe. Hier sehe er keine zeitliche Begrenzung. Er regt an, sich in jedem Jahr bei den Haushaltsberatungen darüber Gedanken zu machen.

Auf die Frage von **Herrn Schild** nach dem Zeitpunkt der Gültigkeit des Vertrages führt **Herr Lutz** aus, dieser Beschluss sei eine Willenserklärung, dass das Krankenhaus für die Stadt Emden eine öffentlich rechtliche Aufgabe übernehme. Für die Zukunft sei es ein Auftrag und für die Vergangenheit eine Bestätigung dahingehend, dass man dieses damals auch schon wollte. Es sei bloß noch nicht richtig formuliert worden.

Beschluss: Die Stadt Emden betraut die Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH mit dem als Anlage 1 beigefügten Akt mit der Durchführung gemeinschaftlicher Verpflichtungen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Emden.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Strukturreform des SGB II zum 01.01.2011
Vorlage: 15/1476

Frau Tempel erklärt, mit Spannung werde seit der bekannten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darauf gewartet, welche gesetzlichen Grundlagen vom Bundesgesetzgeber geschaffen würden, um die zukünftige Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Sozialgesetzbuches II zu regeln. Seit Ende Januar würde auch der Referentenentwurf der Bundesregierung vorliegen. Weitere Änderungen würden mittlerweile auch diskutiert. Der Referentenentwurf selber enthalte auch das Aufzeigen der alternativen Möglichkeit zur Regelung der Aufgabenwahrnehmung. Diese Regelung gehe in Richtung Verfassungsänderung. Wie der jetzigen Diskussion entnommen werden könne, hätten sich die Bundestagsfraktionen darauf verständigt, diese Verfassungsänderung zu diskutieren. Allerdings seien es nur Absichtserklärungen und dahinter würden noch keine weiteren Grundlagen stehen, sodass sich an der Situation bis heute noch nicht viel geändert habe. Frau Tempel führt weiter aus, das Bundesverfassungsgerichtsurteil stehe weiterhin im Raum und die Mischverwaltung, die die Stadt Emden mit der Bundesagentur vor Ort eingegangen sei, würde als verfassungswidrig erklärt. Alternativ dazu würde das Gesetz lediglich eine getrennte Aufgabenerledigung vorsehen.

Weiter bemerkt Frau Tempel, die Entflechtung der Aufgaben zwischen der Agentur und der Stadt Emden bedeute einen erheblichen Aufwand, den die Kommune zu tragen habe. Auch müssten möglicherweise neue Infrastrukturen geschaffen und während der Dauer der Entflechtung zusätzliches Personal beschäftigt werden. Aus diesem Grunde spiele auch der Zeithorizont eine große Rolle. Wenn keine Änderungen in der Gesetzeslage bis zum 31.12.2010 eintreten würden, dann müsse man in die getrennte Aufgabenerledigung einsteigen.

Frau Tempel berichtet abschließend die Stadt Emden habe jetzt ein Projektteam eingerichtet, welches alle Möglichkeiten und Alternativen prüfen werde. Wenn neue Regelungen vorliegen würden, werde sie dem Ausschuss wieder berichten und möglicherweise danach entsprechende Entscheidungen im Verwaltungsausschuss oder im Rat herbeiführen lassen.

Herr Ammersken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Schulze bedankt sich für die Ausführungen und stellt fest, dass sich die Verwaltung auf alle Eventualitäten vorbereitet habe. Seiner Meinung nach stehe die erwähnte Grundgesetzänderung noch im Raum. Danach könne es möglich sein, dass alles wieder hinfällig sei und so wie bisher weiter laufe würde.

Frau Orth fragt an, ob es möglich wäre, die Arge unter dem Dach der Stadt Emden laufen zu lassen.

Frau Tempel entgegnet, es bestehe die Möglichkeit, eine kooperative Aufgabenerledigung zu vereinbaren.

Herr Götze stellt fest, dieses Papier würde erst seit kurzer Zeit vorliegen, sodass man sich in den Fraktionen damit noch nicht habe beschäftigen können. Aufgrund der unsicheren politischen Lage wisse auch keiner so richtig, was er machen solle. Er denke aber, dass sich noch einiges ändern werde und man sich mit dem Thema noch beschäftigen müsse.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Weiter führt er aus, in der Mitteilungsvorlage stehe auch, dass zusätzlich Personal und Räumlichkeiten benötigt würden, sodass alles wesentlich teurer werde. Aus diesem Grunde könne man nur hoffen, dass sich alle einig seien und eine vernünftige Lösung finden würden. Seiner Meinung nach habe sich die Arge inzwischen so gut eingearbeitet, dass es nur gut sein könne, wenn alles in einer Hand bleiben würde. Es könne nicht der richtige Weg sein, wenn die hilfebedürftigen Menschen wieder zu zwei Stellen laufen müssten.

Herr Lutz erklärt, nach dem jetzigen Gesetzesstand werde es die Arge am 01.01.2011 nicht mehr geben. Seiner Ansicht nach sei es möglich, dass sowohl ein Antrag auf Leistungen des Bundes als auch ein Antrag auf Leistungen der Kommune in einem Zimmer eingereicht werden könnten. Zudem könne man versuchen, eine getrennte Aufgabenwahrnehmung mit zwei Ansprechpartnern vorzunehmen, die gemeinschaftlich Auskunft erteilen würden. Hier gäbe es jedoch im Gesetzestext klare Vorbehalte, dass z. B. ein Bundesagentur-Mitarbeiter keine Auskünfte über kommunale Leistungen geben dürfe. Herr Lutz stellt fest, dass dieses Verfahren nicht unbedingt bürgerfreundlich sei. Aber es sei im Moment die einzige Situation, auf die man sich vorbereiten könne. Wenn es jetzt zu einer Grundgesetzänderung komme und die Aufgabenübertragung auf die Kommunen oder auf die Argen werde seitens des Bundes zulässig, dann könne man darüber nachdenken, ob der Vertrag weiter geführt werde oder ob man die Option ziehen wolle. Der Landkreis Leer gehe bereits nach diesem Verfahren vor und auch die Landkreise Aurich und Wittmund würden dementsprechendes planen.

Herr Lutz führt weiter aus, aus diesem Grunde habe die Projektgruppe den Auftrag, falls das Grundgesetz in diese Richtung geändert werde, darüber nachzudenken, ob ggf. auch für Emden die Option in Betracht komme könne. Momentan würde er jedoch nur die Möglichkeit der getrennten Aufgabenwahrnehmung sehen. Für den Bürger sei es auf jeden Fall einfacher, wenn die Fortführung der Arge möglich werde. Er bittet abschließend darum, eine Entscheidung seitens der Parteien möglichst schnell zu treffen.

Herr Graf ist der Ansicht, dass es sinnvoller sei, wenn alles in einem Zuständigkeitsbereich liegen würde. Die betroffenen Bürger hätten sich damit abgefunden und auch die Bearbeitung gehe schneller.

Frau Burfeind bittet darum, die Vereinbarung insofern zu ändern, dass sowohl die Bezeichnung ein Vorsitzender bzw. eine Vorsitzende gewählt werden könnte.

Herr Lutz erklärt, er werde diese Anregung an die Bundesanstalt in Nürnberg weitergeben.

Herr Götze stellt fest, wenn die Grundgesetzänderung nicht erfolge und eine Optionskommune eingerichtet werde, dann werde sich dramatisch etwas verändern. Er bezweifle es, dass die Mitarbeiter der Kommunen die Qualifikation hätten, Menschen in Arbeit zu bringen. Diese Aufgabe sei mit Sicherheit besser bei der Bundesagentur aufgehoben. Weiterhin stelle sich die Frage, wie lange die Bundesagentur noch in Emden verbleibe, wenn optiert würde. Er würde darin große Nachteile sehen.

Herr Lutz stellt abschließend fest, alle seien sich darüber einig, dass eine einheitliche Bearbeitung wünschenswert sei. Doch dieses lasse das jetzt vorliegende Gesetz so nicht zu. Wenn es eine Grundgesetzänderung geben sollte, werde die Verwaltung weiter berichten, entsprechende Vorschläge unterbreiten und dem Rat vorlegen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 7 Ergebnisse des 2. Emdener Gesundheitsberichtes
Vorlage: 15/1475

Herr Dr. Decker erklärt, der Gesundheitsbericht sei eine Aufgabe, die im Nds. Gesetz für den öffentlichen Gesundheitsdienst niedergeschrieben sei. Zudem seien die Adressaten dieses Berichts in erster Linie die Ratsmitglieder, da der Bericht eine Empfehlung zur Gestaltung der kommunalen Gesundheitspolitik sein solle. Den Ratsmitgliedern würden somit Fakten, Daten und Hinweise für die Ausgestaltung der Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene an die Hand gegeben.

Frau Schöneberg stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse des 2. Emdener Gesundheitsberichtes vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Ammersken bedankt sich und führt aus, diese Ausführungen seien nicht nur umfangreich und informativ, sondern auch gerade im Bereich der Sucht sehr besorgniserregend. Seiner Meinung nach bestehe hier ein akuter Handlungsbedarf, der nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Zwar werde ein Handlungsansatz, nämlich die Erstellung eines ganzheitlichen Präventionskonzeptes, geliefert, doch er frage sich, wie ein solches Konzept aussehen könnte, in welchem Zeitraum es umgesetzt werde, wer beteiligt sein könnte und wie die Kostensituation sei. Er würde es begrüßen, wenn dem Ausschuss diese Fragen heute beantwortet würden, sodass die Verwaltung vom Ausschuss ein Votum mitnehmen könnte, dieses Konzept zu erarbeiten und zu gegebener Zeit entsprechende Vorschläge vorzulegen.

Frau Schöneberg entgegnet, diese Frage lasse sich nicht ganz so einfach beantworten, da das Konzept von sehr vielen Personen gemeinsam erarbeitet würde. Gerade in dem Bereich der Sucht müsse man einige Menschen mit einbeziehen, die in den verschiedenen Suchtberatungsstellen verschiedene Interessen vertreten würden. Ihres Erachtens sei das Programm Klasse 2000 ein Ansatz, der immerhin ein Teil des Konzepts sein könnte. Was hier jedoch fehle, seien die zeitlichen Ressourcen der Kolleginnen und Kollegen, um dieses Projekt wirklich gut betreuen zu können.

Herr Dr. Decker ergänzt, die Sache sehe vielleicht auf den ersten Blick einfacher aus als sie sei. Alle Beteiligten in dem Bereich Sucht würden über mangelnde Möglichkeiten und fehlende Zeit klagen um so etwas zu strukturieren. Das Problem sei auch nicht damit behoben, dass ein Konzept entworfen werde. Dieses Konzept müsse nachhaltig begleitet werden und das gehe nur über eine Vernetzung. Weiter führt er aus, ehrlicherweise müsse man auch sagen, dass die einzelnen Akteure auf dem Gebiet der Sucht zum Teil auch ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen hätten, Aus diesem Grund reiche es nicht aus, alle an einen Tisch zu rufen und das Konzept zu erstellen. Er werde eine Anlaufstelle benötigt, die sich der Koordination der Suchtpolitik in Emden annehme und auch koordinierend eingreife.

Herr Ammersken bedankt sich für die Antwort. Seiner Meinung nach müsse man auch entsprechende Maßnahmen in die Wege leiten, wenn man ein solches Handlungskonzept erstellen lassen möchte. Da er keinen Widerspruch aus dem Ausschuss gehört habe, bitte er darum, ein Konzept vorzulegen, damit dann auch die politischen Entscheidungen getroffen und entsprechende Lösungen entwickelt werden könnten.

Frau Orth bittet um Informationen zu dem Programm Klasse 2000 in den Grundschulen. Weiter erklärt sie, sie würde es begrüßen, wenn ein Konzept entwickelt würde, Kernbrennpunkte herausgestellt und im Ausschuss vorgestellt würden.

Herr Dr. Decker bemerkt, er sei ein enthusiastischer Verfechter des Programms Klasse 2000, da er von der Sinnhaftigkeit überzeugt sei. Dieses sei ein evaluiertes Programm, das auch gut

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

funktioniere und aus einer Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pädagogen in Nürnberg vor etlichen Jahren entstanden sei. Ziel sei es gewesen, frühzeitig an Kinder heranzutreten und ihnen ein so starkes Selbstbewusstsein zu geben, sodass sie mit Gruppendrucksituationen und Suchtrisikosituationen umzugehen lernen. Das Projekt laufe begleitend über vier Jahre in der Grundschule in Zusammenarbeit mit der Klassenlehrerin/dem Klassenlehrer und einem externen Partner. Diese Kombination sei ganz fruchtbar, da sie zum einen Aufmerksamkeit erzeuge und zum anderen unterstütze die vertraute Lehrkraft das Ganze. Hintergrund dabei sei, den Kindern eine Sache nicht mit dem erhobenen Zeigefinger beizubringen. Für dieses Projekt benötige man jedoch engagierte Leute und ein bisschen Geld. In der Regel werde dieses durch Patenschaften gelöst. Das ganze Projekt sei jedoch kein Selbstläufer, sondern eine Daueraufgabe, um die sich jemand kümmern müsse. Ansonsten sei die Gefahr groß, dass es wieder einschlafe.

Herr Dietrich führt aus, er teile mit Herrn Dr. Decker den Enthusiasmus für dieses Projekt. Jedoch decke es lediglich einen relativ kleinen Teil des Grundschulalters und der Kindergartenzeit ab. Seiner Ansicht nach werde an diesem Projekt, welches nicht nur in Emden erfolgreich laufe, ein Dilemma deutlich. Eigentlich müsse man nicht über die Entwicklung neuer Konzepte reden, sondern sich darüber im Klaren sein, dass Prävention Geld koste. Zudem bräuchte man Partner, die in diese Bereiche einsteigen würden. Er bemerkt, eigentlich könne jeder mit einer bestimmten Vorbildung in diesem Bereich einsteigen. Er würde den Grundgedanken besonders hervorragend finden, der das Ja zum Leben, zur Aktivität und zur Offenheit gebrauche. Dieser erste Schritt müsse weitergegangen werden in die Mittel- und Oberstufe. Bei allen Konzepten müsse besonders darauf geachtet werden, dass die Schule mitgenommen werde und dass es eine Stelle geben müsse, deren Hauptaufgabe darin bestehe, in den Schulen Lehrer zu finden, die Schulleiter zu überzeugen und entsprechende Sponsoren und Partner zu finden, die in diesem Sinne aktiv würden.

Herr Lutz stellt fest, genau aus diesem Grund würde Schulsozialarbeit und Schulentwicklungsplanung miteinander kombiniert. Beide Bereiche gehörten zusammen und es werde in den Schulen die Möglichkeit geben, die Lehrer davon zu überzeugen und auch zu begeistern.

Weiter erklärt Herr Lutz, das Projekt Klasse 2000 sei in regelmäßigen Abständen vorgestellt worden. Bei der letzten Vorstellung hätten sich sogar Sponsoren gefunden, die sich bereit erklärt hätten, eine Patenschaft zu übernehmen. Die Koffer, die an die Schulen übergeben würden, kosteten 200 €. Leider sei im Moment die Anzahl der sich beteiligenden Schulen ein wenig zurückgegangen. Dieses könnte aber auch daran liegen, dass nicht genügend Sponsoren zur Verfügung stünden. Nach der letzten Ausschuss-Sitzung habe man zehn Klassen ausstatten können. Es wäre schön, wenn man sich noch einmal auf so etwas vereinbaren könnte.

Herr Graf betont, er könne die Aussagen von Herrn Dr. Decker und Herrn Dietrich nur bestätigen. Auch er habe das Programm kennengelernt, welches sehr informativ sei. Seiner Meinung nach sei es empfehlenswert, so etwas zu unterstützen.

Herr Grix stellt heraus, dass durch die Projekte eine ganze Reihe Grundschul Kinder erreicht würden. Darüber hinaus seien durch die Elterncafés gute Ansätze geschaffen worden. In den Hauptschulen würden Schulsozialarbeiter eingesetzt. Seiner Ansicht nach gäbe es so viele Projekte, dass man zuletzt gar nicht mehr wisse, was eigentlich alles an den einzelnen Schulen laufe. Er habe jetzt alle wichtigen Projekte abgefragt. Noch sei es nicht gelungen, eine konzentrierte Aktion für alle Schulen zu koordinieren, aber daran werde gearbeitet. Weiter betont Herr Grix, die Schulsozialarbeiter seien im Wesentlichen mit den Schülern beschäftigt, die Probleme hinsichtlich Alkoholismus und Gewalt in der Familie von zu Hause mitbringen würden. Die eigentliche Schulsozialarbeit wie das Fördern und die Entwicklung des Sozialverhaltens aller

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Schüler würde fast außen vor bleiben, weil die Sozialarbeiter sich permanent mit einzelnen Schülern und deren Problemen beschäftigen müssten.

Hinsichtlich der Senioren führt Herr Grix aus, auch hier gäbe es eine Menge Konzepte. Jeder Verein, der ein neues Projekt machen wollte, sei auch besonders gefördert worden. Er könne jedoch aus eigenen Erfahrungen berichten, dass es eine ungeheure Schwierigkeit sei, Senioren zu Hause abzuholen. Vereine und Verbände müssten einen Anstoß bekommen, wie so etwas gemacht werden müsse. Es gehöre auch eine gewisse Professionalität dazu, auf ältere Menschen zuzugehen und sie mitzunehmen. Mit dem guten Willen allein ist es nicht getan.

Frau Orth erklärt, ihr habe beim Thema Sucht der Ansatz Gesundheit sehr gut gefallen. Hier würde zum einen die Gruppe der Kinder in den Schulen und zum anderen die Gruppe der Schwangeren erfasst werden. Wenn man ständig mit dieser Thematik konfrontiert werde, dann verinnerliche man es. Auch dürfe nicht nur ein Projekt gemacht werden, dass anschließend wieder vergessen werde. Sie erkundigt sich, inwieweit die Lehrer hier schon etwas leisten würden.

Herr Dr. Decker entgegnet, es hänge sehr von dem individuellen Engagement der Akteure ab. Es gäbe durchaus Lehrerinnen und Lehrer, die sehr engagiert seien und sich von selbst melden würden und mitmachen wollten. Doch es gäbe auch welche, die mit dem Hinweis ablehnen würden, sie hätten schon genug anderes zu tun. Dennoch sollte man versuchen, diese zu aktivieren. Nur dann müsse es jemanden geben, der sich hierum kümmere.

Herr Schild stellt fest, dass 5 % aller Emdener Senioren Sozialhilfe erhalten würden. Das sei erheblich mehr als der Bundesdurchschnitt. Auch sei deutlich geworden, dass die demographische Veränderung hier deutlich werde. Man müsse von „jungen Alten“ und von „alten Alten“ sprechen. Zudem sollte man auch hinsichtlich der Wohnungen, in der die alten Menschen leben würden, tätig werden, da sie diese teilweise nicht mehr verlassen könnten. Herr Schild führt aus, ein weiterer Punkt sei auch, dass man bei den Vereinen oder bei den Ehrenamtlichen das Potential von Wissen nicht einfach verpuffen lassen dürfe. Es gäbe durchaus ein Potential von Menschen, die gerne bereit seien, sich einzubringen, jedoch keinen Zugang finden würden. Seiner Ansicht nach müsse man tatsächlich über eine Datenbank für Ehrenamtliche nachdenken.

Herr Lutz empfiehlt den Ratsmitgliedern, sich den Gesundheitsbericht durchzulesen. Weiter weist er darauf hin, dass es eine Wohnungsberatung für Senioren geben würde. Hinsichtlich der Schwangeren erinnere er an das Projekt Familienhebammen, für das vor kurzer Zeit erst 70.000 € ausgegeben worden seien. Diese Fülle von Projekten sei im Gesundheitsbericht aufgeführt. Er regt an, sämtliche Angebote auszulisten und diese, wie bereits in der letzten Wahlperiode gemeinsam mit dem Ausschuss in einem Workshop, durchzuarbeiten. So habe man auch sichergestellt, dass es keine Doppelleistungen geben würde.

Frau Meinen erinnert daran, dass es in Emden bereits eine Ehrenamtsagentur gegeben habe und bittet Herrn Dietrich, dazu kurz Stellung zu nehmen.

Herr Dietrich erklärt, vom Paritätischen sei vor ca. zehn Jahren eine Agentur auf den Weg gebracht worden. Diese Agentur habe den Ansatz gehabt, unterschiedliche Bedarfe zusammenzubringen. Seinerzeit sei mit Hilfe der Bundesagentur ein Kataster erstellt worden. Nachdem die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach einem Jahr ausgelaufen sei, sei man in eine Eigenfinanzierung eingestiegen. Eine Anschlussfinanzierung sei jedoch abgelehnt worden. Damals sei eine Reihe von Menschen vermittelt worden, die zum Teil jetzt noch tätig seien.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Dietrich gibt zu bedenken, dass Ehrenamtlichkeit sehr schnell an die Grenze der Schwarzarbeit gehen könnte. Ehrenamtlichkeit sei eine unentlohnte Tätigkeit, bei der höchstens der eigene Aufwand erstattet und die Haftpflichtversicherung sichergestellt sei. Viele Menschen würden heute Ehrenamtlichkeit mit einem Stundenlohn von 5 bis 8 € verwechseln. Auch in Bezug auf die Problematik der Sozialversicherungspflicht würde sich diese mit einem Mal weder für denjenigen, der Hilfe in Anspruch nehme, noch für denjenigen, der sie organisiere, nicht mehr lohnen. Er würde es jedoch begrüßen, wenn es eine Stelle gäbe, die diese unterschiedlichen Bedarfe zusammenfasse und klassischerweise im Bereich der freien Wohlfahrtspflege ihren Platz haben könne.

Frau Orth stellt fest, die Stadt Emden sei insbesondere im Straßenbau sehr aktiv. Aus diesem Grunde bittet sie um einen Bericht in diesem Ausschuss, was städtebaulich schon geleistet worden sei und wo noch Verbesserungen anzubringen seien, was die Barrierefreiheit anbelangen würde.

Frau E. Meyer bemerkt, ältere Menschen würden teilweise in unmöglichen Wohnungen wohnen, die z. B. im 3. oder 4. Stock liegen würden oder sehr groß seien und dadurch hohe Heizkosten verursachten. Ihrer Meinung nach sei es eine gute Idee, wenn sich ein Investor für das Ültje-Gelände finden würde, der dort seniorengerechte Wohnungen baue. Weiter erklärt sie, viele ältere Leute wüssten auch nicht, dass sie eine Grundsicherung beantragen könnten und an wen sie sich wenden müssten.

Herr Haarmeyer berichtet, es werde seit zwei Jahren vom Caritasverband eine Ehrenamtsbörse im Internet veröffentlicht. Dort würden sich allerdings nur wenige Personen melden, da die heutige Generation der älteren Senioren Probleme mit dem Internet hätten. Seines Erachtens werde sich dieses in einigen Jahren von allein regeln.

Hinsichtlich der behindertengerechten Wohnungen erklärt Herr Haarmeyer, auch beim Caritas gäbe es eine Warteliste. Wenn dann doch eine Wohnung frei werde, bekomme er oftmals zu hören, dass die Senioren noch nicht aus ihren Wohnungen heraus möchten, weil sie noch zu recht kämen. Seiner Meinung nach sollte man sich darüber schon frühzeitig Gedanken machen.

Herr Götze betont, man sollte mehr zusammenrücken und sich auch um seine Mitmenschen kümmern. Diese Dinge seien in der letzten Zeit etwas verlernt worden.

Herr Schulze bemerkt, wenn jemand nicht wüsste, wie und wo er Grundsicherung beantragen müsse, so könne er sich an die Telefonvermittlung der Stadt Emden wenden.

Herr Grix berichtet, es habe früher in Emden eine Einrichtung gegeben, die sich Tätiger Lebensabend genannt und keine Unterstützung von der Kommune oder dem Arbeitsamt erhalten habe. Dort sei es auch zu dem Problem gekommen, dass einige Leute vermuteten, dass es Schwarzarbeit sei. Daraufhin hätten die Organisatoren diese Einrichtung eingestampft, weil sie sich damit nicht auseinandersetzen wollten. Er regt an, gelegentlich zu hinterfragen, wie diese Einrichtung seinerzeit entstanden sei. Außerdem bittet er darüber nachzudenken, wie so etwas installiert werden könne, ohne dass die Gefahr des Verdachts der Schwarzarbeit entstehe.

Herr Ammersken stellt fest, da in der heutigen Sitzung sehr viele interessante Ideen geäußert worden seien, schlage er vor, dass sich die Fraktionen gemeinsam mit der Verwaltung im Zuge eines Workshops zusammensetze und konkret weiter an diesem Thema arbeite.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 9 Anfragen

1. Resolution des Rates gegen die Abschiebung der Roma in das Kosovo

Herr Schild erkundigt sich, ob die Resolution des Rates gegen die Abschiebung der Roma in das Kosovo verschickt worden sei. Weiter fragt er an, ob sich die zuständigen Stellen dazu geäußert hätten und ob eine Antwort eingegangen sei.

Herr Lutz sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung

Die Resolution des Rates der Stadt Emden gegen die Abschiebung der Roma in das Kosovo wurde vom Fachdienst Verwaltungsdienste mit Datum vom 11.12.2009 an den Ministerpräsidenten Wulff verschickt. Eine Antwort aus Hannover ist bei der Stadt Emden bislang nicht eingegangen.

2. Beteiligung Emdens am Europäischen Jahr gegen Armut und sozialer Ausgrenzung

Herr Schild erklärt, er habe heute Morgen in der Zeitung gelesen, die Stadt Emden wolle hinsichtlich dieser Thematik nicht in Aktionismus verfallen. Hierbei sei es um die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2010 gegangen, in der seine Fraktion um eine Stellungnahme gebeten habe, in welcher Weise sich die Stadt Emden am Europäischen Jahr beteiligen wolle. Herr Schild bemerkt, in dem Artikel werde sehr viel aufgeführt, dennoch sei die Frage damit nicht beantwortet. In Emden gäbe es 5.601 Hartz IV-Empfänger, von denen 2.800 arbeitslos seien. Es gehe hier darum, die Armut und die soziale Ausgrenzung über das soziale Maß hinaus, deutlich zu machen. Seiner Meinung nach sehe es aber so aus, als ob die Stadt Emden an dem Europäischen Jahr 2010 nicht teilnehmen werde.

Herr Lutz führt aus, dieses sei zutreffend. Die Stadt Emden habe eine Fülle von Leistungen, die über das hinausgehen würden, was es in anderen Kommunen tatsächlich geben würde. Wie Herr Grix bereits sagte, müsse überlegt werden, welche Programme überhaupt durchgeführt würden. Er halte es für wenig sinnvoll, weitere Ressourcen dort hineinzustecken und an dem Europäischen Jahr gegen Armut teilzunehmen.

Herr Lutz weist auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften der Arge hin, die trotz Wirtschaftskrise in 1,5 Jahren von 3.500 auf 2.950 gefallen sei. Hier hätten Leute Arbeit bekommen und könnten sich jetzt aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt verdienen. Weiter geht Herr Lutz auf einige Projekte ein und erklärt abschließend, seiner Ansicht nach sei es sinnvoller, diese Projekte zu erhalten oder zu vergrößern als beim Europäischen Jahr gegen Armut teilzunehmen. .

Herr Grix ist der Meinung, dieses Thema sei so wichtig, dass es auf die Tagesordnung genommen werden sollte.

Herr Dietrich unterstützt die Anfrage, sich mit der Armut insgesamt zu beschäftigen. Seiner Meinung nach erlebe man im Moment eine Diskussion, die kaum noch zu überbieten sei. Hinter dem Gedanken des Europäischen Jahres gegen Armut stehe die Frage, wie man eigentlich mit

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

dem Armutsbegriff insgesamt umgehe und wie man den Menschen, die von Ausgrenzung bedroht seien, begegnen könne. Dieses sei ein Thema, welches man in Ruhe angehen sollte.

Herr Schild erklärt, es gehe ihm nicht darum, die hier durchgeführten Projekte kleinzureden. Doch offensichtlich würde es in der Gesellschaft ein Defizit geben. Es gäbe tatsächlich Menschen, die von diesem Thema nichts wissen wollten. Daher wäre es aus Sicht seiner Fraktion wünschenswert gewesen, wenn sich die Stadt Emden an dem Europäischen Jahr gegen Armut beteiligen würde.

3. Gesundheitstage in Emden

Frau Meinen bemerkt, in der letzten Zeit habe es in Emden zwei Veranstaltungen zum Thema Gesundheit gegeben. Sie regt an, beide Veranstaltungen zusammenzuführen, um somit den Emdener Bürgern und auch den Ausstellern die Entscheidung abzunehmen, zu welcher dieser beiden Veranstaltungen sie gehen sollten.

Herr Dr. Decker stimmt Frau Meinen zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.